

VORLAGE

an die
Stadtverordnetenversammlung

Eingang		DS.-Nr.	75/0
			6-11
AusIB	ÄR	PBUA	SozJA
KSSpA	OBR	HuFA	StV

Betreff: Pilotprojekt „Berufswegplanung“
Bezug: Haushaltsbegleitantrag Nr. 42 vom 21.11.2005 der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen

M-Nr.: 324/06

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat leitet der Stadtverordnetenversammlung nachstehenden Bericht zur Kenntnisnahme zu und bittet damit den Antrag als erledigt zu erklären.

Bericht:

Trotz aller Bemühungen der vergangenen Jahre ist der Übergang von der Schule in den Beruf angesichts sinkender Ausbildungsplatzzahlen und steigender Anforderungen an die Bewerber/innen für viele Jugendliche schwierig.

Insbesondere benachteiligte Jugendliche stehen auf dem Ausbildungsmarkt nahezu chancenlos da.

Nur wenn die Übergänge von der Schule in den Beruf frühzeitig ins Auge gefasst werden und eine gute Vorbereitung stattfindet, kann der Einstieg in das Erwachsenen-Leben und die Integration in die Berufswelt gelingen.

Deshalb wird das langfristige Ziel verfolgt, ein abgestimmtes Gesamtsystem für den Übergang von der Schule in den Beruf zu schaffen, das jedem Jugendlichen eine Anschlussperspektive ermöglicht.

Für das Projekt „Berufswegplanung“ konnten gemeinsam mit dem Kreis Groß-Gerau zusätzliche Mittel in Höhe von 510.000 € aus dem Modellprogramm „Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit, hier: Modellphase Kompetenzagenturen“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, akquiriert werden.

Projektauftrag ist die Gestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf für benachteiligte Jugendliche durch die beteiligten Akteure.

Das Konzept ist sowohl auf die Weiterentwicklung der Strukturen an Schule gerichtet als auch auf den einzelnen Schüler / die einzelne Schülerin.

In Rüsselsheim ist die **Beratungsstelle Ausbildung und Arbeit / Kompetenzagentur** der Volkshochschule mit der Umsetzung beauftragt. Die steuernden Aufgaben liegen beim Jugendamt.

Strukturelles Ziel des Projektes ist die Entwicklung und der Aufbau einer flächen-deckenden, kooperativen, **strukturierten und verbindlichen Berufswegplanung** an den Schulen der Sekundarstufe I der Stadt Rüsselsheim und im Kreis Groß-Gerau.

Der Einstieg der Schulen in das Modellprojekt erfolgte ab dem Schuljahr 2002/2003 mit der Friedrich-Ebert-Schule. Im Schuljahr 2004/2005 kam die Parkschule dazu und ab dem Schuljahr 2005/2006 die Alexander-von-Humboldt-Schule und die Gerhart-Hauptmann-Schule. Inzwischen beteiligt sich auch die Schule für Lernhilfe (Borngrabenschule).

Individuelles Ziel ist es, dass jede Schülerin / jeder Schüler bei Schulende eine **gesicherte Anschlussperspektive** hat und dass Schülerinnen und Schüler mit erhöhtem Förderbedarf rechtzeitig die notwendige Förderung erhalten.

Gleichzeitig sollen die Berufsorientierungsaktivitäten individuell dokumentiert werden. Dazu führt jede/r Schüler/in eine individuelle **Berufswegplanungsmappe**.

Für die gesicherte Anschlussperspektive wird an den Schulen ein sogenanntes **Übergangmanagement** verankert.

Der Prozess wird durch den Einsatz von **Kompetenzfeststellungsverfahren** („DIA-TRAIN“¹ und „hamet 2“²) unterstützt und durch weitere **Bausteine zur Berufsorientierung** ergänzt.

Die Strukturentwicklung fördert ein abgestimmtes Netz der Zusammenarbeit vieler Akteure sowohl auf institutioneller Ebene als auch praktisch vor Ort. Das Projekt ist eingebunden in eine größere Struktur (Kreis Groß-Gerau, Region Starkenburg) und offen für Weiterentwicklung. Es wird mit allen Beteiligten gemeinsam evaluiert.

Das Konzept beinhaltet folgende Strukturelemente:

⇒ AG Berufswegplanung

An jeder SEK-I-Schule gibt es eine interne „AG Berufswegplanung“ (AG BWP). Die Mitarbeiter/innen der Beratungsstelle für Ausbildung und Arbeit/ Kompetenzagentur sind verantwortlich für den Aufbau und die Pflege des Netzwerks. Das heißt, sie gehen auf die Schule zu und gestalten gemeinsam mit der Schule und aktiven Partnern (örtliche Jugendpflege, Jugendbildungswerk, Schulsozialarbeit, Berufsberatung) die Bausteine der Berufswegplanung.

¹ DIAgnose- und TRAINingseinheit zur Potentialerfassung und individuellen Entwicklungsförderung für benachteiligte Jugendliche im Übergang Schule/Beruf

² Handlungsorientierte Module zur Erfassung und Förderung beruflicher Basiskompetenzen

Grundlage der Planung und Weiterentwicklung ist ein

⇒ **Curriculum/Jahresraster**

Hier werden sämtliche Angebote und Aktivitäten die es an einer Schule im Bereich Übergang Schule und Beruf gibt, getrennt nach Jahrgängen, dokumentiert. Zu Beginn des jeweiligen Schuljahres wird dieses Raster von der Ag Berufswegplanung überprüft und Termine und Verantwortlichkeiten werden verbindlich festgeschrieben.

Die Inhalte sind:

- das „Standardprogramm“ der Schule,
- das was Berufsberatung und Dritte anbieten und
- Bausteine zur Berufsorientierung und Kompetenzfeststellung.

⇒ **Berufswegplanungsmappe**

Am Ende der Sekundarstufe I hat jede/r Schüler/in ein Portfolio der Informationen, bisherigen Überlegungen und Aktivitäten, die sie/er im Rahmen ihrer/seiner beruflichen Orientierung gesammelt hat. Diese Dokumente sind Eigentum des Schülers / der Schülerin.

Selbstverständlich findet parallel das „ganz normale Programm“ der beruflichen Orientierung statt, mit Berufsberatung, Besuch des Berufsinformationszentrums (BIZ), Praktika, Arbeitslehreunterricht, Bewerbungstraining. Die Ergebnisse dieser Aktivitäten fließen ebenfalls in die Dokumentation ein. Für diese Dokumentation gibt es eine Berufswegplanungsmappe, (an der Friedrich-Ebert-Schule heißt diese z.B. Big Map), die allen Schüler/innen ausgehändigt wird.

⇒ **Trainings zur Berufsorientierung und Elemente der Kompetenzfeststellung**

Um Lücken im Angebotssystem zu schließen, sollen weitere Angebote, auch mit externen Partnern entwickelt und durchgeführt werden. Hier führt z.B. die Beratungsstelle Ausbildung und Arbeit in Kooperation mit Dritten Bausteine zur Berufsorientierung durch. Diese sind handlungsorientiert und decken das gesamte Spektrum der Berufsvorbereitung ab (Bewerbungstraining, Telefontraining, Mobilitätstraining, Berufeparcours etc.).

Ergänzend dazu initiieren die Mitarbeiter/innen nach ausgewählten Fragestellungen der Schule Elemente aus den Kompetenzfeststellungsverfahren.

⇒ **Übergangsmanagement**

Hat ein junger Mensch am Ende seiner Regelschullaufbahn keine gesicherte Perspektive, wird ihm/ihr eine weitere Beratung/Begleitung angeboten. Auf der Grundlage eines „Tendenzbogens“ zur Erfassung der Stärken und Schwächen der einzelnen Schüler/innen wird ein individueller Hilfeplan erstellt und ein „Kümmerer“ aus dem Kreis der Akteure benannt. Um dieses regelhaft an Schule zu implementieren und in das übergeordnete regionale Verfahren der Verteilerkonferenz zu integrieren, wird an jeder Schule ein geregeltes Übergangsmanagement entwickelt.

⇒ **Verteilerkonferenz**

Zu dieser Konferenz lädt das staatliche Schulamt ein.

Direkt nach den Zwischenzeugnissen ergeht eine Abfrage an alle SEK-I-Schulen. Auf einer vorbereiteten Liste wird namentlich erfragt, welche Schüler/innen voraussichtlich keinen Hauptschulabschluss erreichen und im 10. Schuljahr weiter mit den verfügbaren Angeboten versorgt werden müssen.

In Frage kommen z.B.:

- das „Standardprogramm“ der Schule,
- BO-Klasse (Berufsorientierungsklasse: Schuljahr an der abgebenden Gesamtschule zu den Konditionen des Berufsvorbereitungsjahres (BVJ),
- BVJ (Berufsvorbereitungsjahre), BGJ (Berufsgrundbildungsjahr)
- EIBE (BVJ für besondere Zielgruppen mit intensiver Sprachförderung und sozialpädagogischer Betreuung,
- FAUB (Fit für Ausbildung und Beruf, externes BVJ bei einem Träger mit hohem Praxisanteil und der Möglichkeit zum nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses),
- Klientel der so genannten Jungarbeiterklassen, d.h. Jugendliche nach Beendigung der Schulpflicht, aber ohne Ausbildungsplatz und ohne alternative Strategie. Für diese Jugendlichen besteht in Hessen ab 2005 keine Schulpflicht mehr. Sie haben nunmehr das Recht auf einen Schulbesuch,
- BvB (Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme der Agentur für Arbeit).

Die Ergebnisse der Abfrage werden vom Staatlichen Schulamt in eine Übersicht gebracht und im Rahmen der Verteilerkonferenz bewertet und mit dem Angebot abgeglichen.

Bei der Konferenz sind neben dem Staatlichen Schulamt und dem Kreis Groß-Gerau die Schulleiter der SEK-I-Schulen, der Sonderschulen, der beruflichen Schulen sowie jeweils ein/e Vertreter/in der Berufsberatung und der Kompetenzagentur anwesend.

Stand der Konzeptentwicklung und Fortführung

- Zwischenzeitlich wurden alle Module und Strukturelemente der Konzeption entwickelt und erprobt.
- Alle Rüsselsheimer Schulen der Sekundarstufe I verfügen flächendeckend über die Berufswegplanungsmappen.
- Die schulbezogenen und regionalen Koordinations- und Steuerungsgruppen sind eingerichtet bzw. im Aufbau.
- Auch nach Auslaufen der Mittel des Bundesmodellprogramms ist eine Fortführung im Rahmen der Mittel der Ausbildungsinitiative der Stadt Rüsselsheim gewährleistet.

Folgende Materialien stehen sofort bzw. Ende 2006/Anfang 2007 den Schulen und anderen Interessierten zur Verfügung:

- Ein Jahresraster/Curriculum Berufswegplanung an allen SEK-I-Schulen
- Die Berufswegplanungsmappe
(die Erstbeschaffung erfolgte aus Modellmitteln, die Folgebeschaffung erfolgt durch Schule bzw. Eltern).

- Eine Lehrerhandreichung ist in Vorbereitung und wird zusammen mit der Berufswegplanungsmappe in den nächsten Monaten bei INBAS GmbH (Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik) erscheinen und dort zum Selbstkostenpreis verfügbar sein.
- Verschiedene Bausteine der Berufsorientierung sowie Kompetenzfeststellungsverfahren wurden in der Praxis erprobt, auf die Bedürfnisse der Schulen hin weiterentwickelt und mit Handreichungen versehen. Empfehlungen, die beschreiben, wer für welchen Baustein an welcher Stelle verantwortlich sein soll bzw. wer an der Kooperation/Durchführung beteiligt ist, sind in Vorbereitung.
- Der Tendenzbogen als ein wesentliches Element des Übergangsmanagement liegt den Schulen zur Erprobung vor.

Fazit:

Das Projekt Berufswegplanung soll nicht den Eindruck erwecken, ein Berufsweg könne minutiös geplant werden. Vielmehr sollen die Faktoren, die zu einem bestimmten Ergebnis führen, bewusst gemacht werden. Zentral ist, dass Berufswegplanung verbindlich stattfindet, dass die Verfahren in einem Raster festgelegt sind und nicht jedes Jahr neu gestaltet werden müssen.

Rüsselsheim, den 14.11.2006

Jo Dreiseitel
Bürgermeister